Süddeutsche Zeitung Nr. 64

Samstag/Sonntag, 16./17. März 1996

Im Zusammenhang mit Berliner „Mykonos"-Anschlag

Deutscher Haftbefehl gegen Teherans Geheimdienst-Minister

Fallahian soll hinter Attentat auf iranische Oppositionelle stecken / Bonn befürchtet Verschlechterung des Verhältnisses zu Iran

ub. **Bonn** (Eigener Bericht) – Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof hat Haftbefehl gegen den iranischen Geheimdienstminister Ali Fallahian erlassen. Dieser wird beschuldigt, Drahtzieher des „Mykonos"-Anschlags gewesen zu sein, bei dem 1992 in Berlin vier kurdisch-iranische Oppositionelle ermordet wurden. Schon vor der Bestätigung des Haftbefehls am Freitag nachmittag durch die Bundesanwaltschaft wurde in Bonn die Frage gestellt, ob die Bundesregierung jetzt noch an ihrem „kritischen Dialog" mit Teheran festhalten könne. Aufgeworfen wurde auch die Frage der Sicherheit deutscher Staatsbürger in Iran, falls das Verhältnis Bonns zu Teheran sich verschlechtern sollte.

Im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt wurde auf die politische Brisanz des Haftbefehls verwiesen. Das Justizministerium erklärte, es sei kein Einfluß auf den Generalbundesanwalt genommen worden. Nicht dementiert wurde aber die Vermutung, daß die Bundesregierung indirekt darauf hingewiesen hat, daß ein Haftbefehl gegen den iranischen Geheimdienstchef politisch schwer kalkulierbare Folgen haben könnte. Fallahian war mehrfach in offizieller Mission in Bonn gewesen, zuletzt im Herbst 1993. Die immer wieder geäußerte Annahme, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) und der iranische Geheimdienst zumindest auf bestimmten Feldern wie der Drogenfahndung zusammenarbeiten, wurde bisher nicht dementiert.

Der Haftbefehl und seine politischen Folgen könnten die Bundesregierung dazu bewegen, den international äußerst umstrittenen „kritischen Dialog" mit Iran aufzugeben und das Islamistenregime wegen seiner Verwicklung in den internationalen Terrorismus und wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen politisch zu isolieren. Ein Wirtschaftsboykott, wie ihn die USA fordern, wird aber bisher nicht erwogen. So weit will auch Großbritannien noch nicht gehen, das innerhalb der Europäischen Union (EU) für ein härteres Auftreten gegenüber Teheran eintritt.

Der Haftbefehl läßt auch die angekündigte Mission der EU-Troika, also der Außenminister Italiens, Spaniens und Irlands, in anderem Licht erscheinen. Die drei Außenminister wollen in der nächsten Woche bei einem Besuch in Teheran die klare Verurteilung des Terrorismus und der jüngsten Mordanschläge der Palästinenserbewegung Hamas in Israël fordern. Von der iranischen Antwort will es die EU abhängig machen, ob der „kritische Dialog" aufrechterhalten wird. Daß die unabhängige deutsche Justiz den iranischen Geheimdienstminister für einen Drahtzieher terroristischer Anschläge auch in Deutschland hält, dürfte nicht ohne Auswirkung auf die Gespräche der EU-Troika in Teheran bleiben.

Der Haftbefehl gegen Fallahian war von Generalbundesanwalt Kay Nehm beantragt worden. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erließ ihn wegen des Verdachts des vierfachen Mordes und Mordversuchs. Bei dem Anschlag auf das Berliner Restaurant „Mykonos" waren 1992 vier iranische Kurden ermordet worden, die der iranischen Auslandsopposition angehörten.

AA000305